

Stahlstreik in England

DER ÜBERHOLTE KLASSENKAMPF

5 Daß auch in England, dem Land der gleichnamigen Krankheit, noch Wunder geschehen, hielt der aufgeklärte Zeitgenosse aus Deutschland für ausgeschlossen - bis eine Eiserne Lady daherkam und Zeichen setzte. Bei allem Vorbehalt gegen dieselben - so gehört Durchwursteln zu England, weil Modell zu Deutschland (wo kämen wir auch hin, wenn es davon mehrere gäbe), weshalb Konfrontation die Macht der Gewerkschaft auf den Plan ruft, wodurch völlig überflüssig soziale Unruhe entsteht, so daß das Land an den Rand des Chaos und zuguterletzt die Lady zu einer 10 180%igen Kehrtwendung ihrer Politik getrieben wird - muß man ihr den Erfolg im Stahlstreik doch irgendwie lassen. Da hat sie doch glatt den Gewerkschaften eine Schlappe verpaßt und auf äußerst wundersame Weise, nämlich durch eine Politik des "Nicht-Handelns" - auch "Raushalten" genannt -, den längsten Streik der Nachkriegsgeschichte zu ihren Gunsten entschieden.

15 Brav hat sie ihre Sache gemacht, die Lady die von Wirtschaft nix versteht und von der Sprache und der Kunst des diplomatischen Kompromisses in Sachen EG-Haushalt und so auch nichts -, wengleich es eigentlich doch ein deutscher Erfolg war, weil sie von Kanzler Schmidt mehr hält als umgekehrt:

20 *Ihr* Verdienst: "die Erwartungen der Arbeiter herunterzuschrauben", wurde bewerkstelligt durch die taktische Meisterleistung, nicht wie anno 71 im Porzellanladen der Industrial Relations herumzutrampeeln, so daß der eigentliche Erfolge in der Zerstörung der seit damals existierenden Legende besteht:

"eine Regierung kann überleben, wenn sie die totale Herausforderung durch eine der größeren Gewerkschaften annimmt." (The Times)

25 Immerhin an letzterem ist was dran, wenn man "überleben" mit "gestärkt hervorgehen aus" übersetzt.

Darf man der Katze den Stock geben?

30 Der Erfolg, den Mrs. Thatcher jetzt für sich verbuchen kann, kam also offensichtlich dadurch zustande, daß sie sich in ihrem Urteil über die für England heilsame Politik nicht so sehr von westdeutschen Magazinen als von Kanzler Schmidt persönlich leiten ließ. Der muß ihr nämlich auf einem der letzten Gipfel geflüstert haben, daß er nur eines unausstehlicher findet als "ihr makelloso Elizabeth-Arden-Gesicht" (Stern) und das ist eine Sorte Wirtschaftspolitik, die laufend die Verluste maroder Staatsbetriebe subventioniert. Dies nicht, weil der Kanzler der Meinung gewesen wäre, daß die Arbeiter von der Labour-Politik des "Durchwurstelns" sonderlich profitiert hätten. Aber schließlich hat man in der Gemeinschaft doch nicht dem Protektionismus abgeschworen, um ihn in einer Form wiederaufleben zu lassen, von der keine der Vertragsseiten nichts hat. Wenn schon Subventionen, dann bitteschön solche, die den britischen Markt auch für die anderen Partner als lukrative Anlagesphäre interessant machen - andernfalls man sich zu 35 Gegenmaßnahmen genötigt sehen könnte wie etwa einer noch stärkeren Subventionierung der deutschen Stahlbranche, so daß die Engländer gleich dicht machen können. Und weil das niemand 40

will, teilt Mrs. Thatcher ihrem Volk mit, daß die EG, in der *Produktivität* zu *der* Waffe des Erfolgs erklärt ist, sie mit der Aufgabe betraut habe, ganz England vor eine schlichte Alternative zu stellen: entweder man lasse sie die Ausbeutung so effektiv organisieren wie in Deutschland oder man könne alle Erinnerungen an so rosige Zeiten wie die 50er Jahre, als England noch zu den

5 zehnten reichsten Nationen der Welt zählte, Erinnerungen sein lassen, weil man sich langsam aber sicher wenn schon keiner Bananenrepublik, so doch portugiesisch-griechischen Zuständen anähne.

So sagt sie das natürlich nicht. Aber daß man eine gewisse “Katze töten”, nämlich “den Arbeitern” tüchtig “den Stock geben” müsse, rutscht ihr durchaus nicht einfach nur raus. Sie weiß, was die

10 Stunde geschlagen hat, weshalb sie zur Beseitigung des “der britischen Industrie feindlichen Investitionsklimas” einen Klassenkampf nach allen Regeln der Kunst führt.

Daß man dies in Deutschland als *überholtes* Unterfangen belächelt, zeigt, daß sich die Urteilskraft bei allem Kosmopolitismus nur vom Standpunkt der eigenen Nation trüben läßt: Stolz auf die

15 rundum perfekte Erziehung des weniger gebildeten Teils des deutschen Menschengeschlechts, kann man sich über Probleme nur wundern, mit denen sich die Regierung eines zivilisierten Landes auch im Jahre 1980 noch herumplagen muß. Um sich so wundern zu können, muß man schon gewisse Fakten unter den Tisch bügeln:

- *veraltet* sollen die Probleme sein, von denen sich gewisse Regierungen - man denke nur, daß sich die Briten erst mit dem EG-Beitritt der Einsicht anbequemten, daß ihr Empire perdu ist -

20 noch vor ein paar Jahren nichts hätten träumen lassen, weil sie erst heute vom Modell Deutschland mit seinem vorbildlich reibungslos wachsenden Wirtschaftswachstum, für das sich die Proleten abschufte, so richtig an die Wand gedrängt werden;

- und daß er ein *Problem* sei, der Klassenkampf, glauben auch nur Intellektuelle, die in ihrer herrschaftsbeflissenen Phantasie - denn Herrschaft ist ihnen über alle Ländergrenzen hinweg

25 sympathisch - den ausgewachsenen Staatsapparat, über den die Dame gebietet, in eine drohend erhobene jämmerliche Fliegenpatsche verwandeln.

Einige schmerzliche Wahrheiten über die Produktion

30 Wenn sich die britischen Gewerkschaften ebenfalls leisten, die Kampfansage der Regierungschefin als “überholten Klassenkampf” “im Stile des 19. Jahrhunderts” zu verharmlosen, so ist dies ein erster Hinweis, warum Mrs. Thatcher ihn gewonnen hat. Sie hat ihn nämlich durchaus im Stil des 20. Jahrhunderts geführt. Wo linke Chefdenker den Beweis

35 anstellten, daß man in einer “post-industriellen Gesellschaft” lebe, weshalb man “das Geschäft, so wie es zu sein pflegte”, nicht einfach so wiederherstellen könne (Financial Guardian), hat sie ihren Landsleuten sehr einfach klarmachen können, daß sie ihnen “nie Sonnenschein versprochen” habe, sondern “der Himmel der freien Marktwirtschaft” (Stern), nur um den Preis einiger

“schmerzlicher Wahrheiten über die Produktion” zu haben sei:

40 “Jede Familie und jedes Unternehmen müssen derselben Wahrheit schonungslos ins Auge sehen, nämlich daß Geld nicht unbegrenzt zu haben ist.”

Daß sie damit mehr die Familien gemeint hat, hat sie ihren Schatzkanzler Howe dann so sagen lassen:

“Je eher die Verhandlungspartner Lohnsteigerungen (?) unter der Inflationsrate akzeptieren, desto eher werden sich die Preissteigerungen verlangsamen und die Arbeitslosenrate fallen.”

5 Doch auch der hat sich nicht ganz korrekt ausgedrückt. Denn Krisenbewältigung auf Kosten der Arbeiter stand auch unter der Labour-Regierung auf der Tagesordnung. Mit dem feinen Unterschied allerdings, daß die es - nur zu verständlich - nicht auf einen prinzipiellen Kampf mit den Gewerkschaften anlegte:

- So schaden die Streiks der *gegeneinander* konkurrierenden Gewerkschaften (deren jeweilige Untertruppen ganze Betriebe lahmlegten) der Industrie, ohne daß die Arbeiter damit einen anderen als einen *gerechten*, nämlich einen anständigen Lohn erzielen;
- so wurden nicht mehr konkurrenzfähige Betriebe verstaatlicht und auch die unrentablen Staatsbetriebe ständig subventioniert, weil Rationalisierungsmaßnahmen eine deutsche Umschreibung für einen Tatbestand wie z.B. Entlassungen sind, gegen den man sich in England der Gewerkschaften bediente.

10
15 Und so kommt es nicht von ungefähr, daß sich Mrs. Thatcher heute in einer ungleich günstigeren Ausgangsposition für ein Kräftemessen mit der Gewerkschaft befindet als die konservative Regierung 1971, die an der Industrial-Relations-Gesetzgebung scheiterte:

Aus der Erfahrung Jahr um Jahr geführter Streiks, die die Lebensbedingungen verschlechterten, zogen nicht wenige Arbeiter den deutschen Schluß, daß Streiken sich nicht lohne, wenn sie nicht gar sich selbst oder den angeblich zu rücksichtslosen Aktionen der konkurrierenden Gewerkschaften in- und außerhalb des eigenen Betriebs die Schuld an ihrer wenig rosigen Lage gaben und im Darniederliegen der nationalen Ökonomie eine Schranke für die Besserung ihrer Situation erblickten -, so daß sich Mrs. Thatcher als ihr politisches Geschick anrechnen lassen kann, mit ihrer “Strategie”, “die Erwartungen der Leute zu verändern”, nicht auf Granit zu beißen, weil sie sich zu einem kritischen Verhältnis zu ihren Gewerkschaften emporgearbeitet haben.

20
25
30 - Die Subventionierung der Verluste des staatlichen Sektors erwies sich immer offenkundiger als untaugliches Mittel, dem zunehmend schlechteren Abschneiden des Staates gegenüber produktiveren EG-Partnern zu begegnen. Ein Plus für die konservative Regierung, daß der Staat im internationalen Vergleich schlecht dasteht, was sie weidlich dazu nutzt, die Gewerkschaften mit ihm zu erpressen was die nicht etwa deshalb mitmachen, weil die Lady mit ihnen zimperlicher oder taktisch raffinierter umspringt als dereinst der nunmehr sich ganz der Musik verschrieben habende Edward Heath.

Mehr Einsatzbereitschaft...

35 Die Lady nutzt also die Gunst der Stunde, um die existente Armut dem Kapital nützlich zu machen. Um die leidgeprüften britischen Kapitalisten gnädig zu stimmen, ihren sanierungsbedürftigen Betrieb durch Rationalisierung zu sanieren und nicht den Laden einfach zu schließen, bemüht sie sich um die Schaffung eines ‚Klimas‘, das die Anwendung der Belegschaft erst reizvoll macht. Weil

40 “das Management das Recht will, Arbeiter flexibler einzusetzen, Personal abzubauen und gegebenenfalls (?) das Arbeitstempo zu beschleunigen, ohne dafür in jedem Fall die Zustimmung

der allmächtigen Shop Stewards einzuholen" (Südd. Zeitung), müssen Arbeiter mit "Einsatzbereitschaft" her,

- die die Rechnung aufmachen, daß Streiks sich nicht lobnen,
- die hinnehmen, daß neben der weiteren Senkung des Lohns dessen einer Teil zunehmend als "Produktivitätszulage", also nur dann gezahlt wird wenn nicht gestreikt und schneller gearbeitet wurde,
- die sich zu Kurzarbeit, "vorübergehender Ausstellung" oder auch schlicht Entlassung ohne Streik bereitfinden
- und die dem Bedürfnis nach ihrer verstärkten Mobilität aufgeschlossen gegenüberstehen.

Zur Beschleunigung dieses "schmerzlichen Prozesses" hat sich die Regierung aus dem Stahlstreik exemplarisch "rausgehalten". Damit sie "das Gewicht zuungunsten der Gewerkschaft verschieben" konnte, hat sie sie in die - der Stahlgewerkschaft gar nicht genehme - Konfrontation hineingezwungen, indem sie ihr Management ein Lohnangebot von 2% - 17% unter der Inflationsrate - unterbreiten ließ. Auch im weiteren mußte sie sich nicht zum Handeln veranlaßt sehen, da sie schon vorher die Konditionen für die Entwicklung des einen Kontrahenten zum seiner sozialen Verantwortung bewußten Tarifpartner abgesteckt hatte. Mit der *Begrenzung der Subventionen* demonstrierte sie ihre Weigerung, "unökonomische Abschlüsse zu finanzieren" - womit natürlich noch nichts über die Höhe des Abschlusses, aber schon einiges über die ökonomische Vernunft verraten war, zu deren Erfüllung die Regierung ihren Beitrag leistete, indem sie ihren Geltungsbereich auf die Staatsbetriebe ausdehnte:

"Das Kabinett wich kein Jota von seiner mit Nachdruck vertretenen Linie ab, daß öffentliche Subventionen nicht für Lohnerhöhungen einer unnötig großen Belegschaft verwendet werden dürfen."

Der nachhilfebedürftige Partner hatte seinerseits die Einsicht zu schlucken,

"daß das bereits offerierte Geld dazu da ist, gewisse Effektivierungsmaßnahmen zu finanzieren",

was ihm mit der Preisgabe des Staatsgeheimnisses versüßt wurde, wie aus einer begrenzten Summe Geldes für alle Beteiligten, vor allem aber für die Arbeiter mehr zu machen ist:

"Durch -cusätzliche produktivitätssteigernde Maßnahmen kann das selbstfinanzierte Lohnangebot angehoben werden - z.B. durch Entlassungen wider andere produktive Ausgaben."

So inszenierte Mrs. Thatcher mit dem Stahlstreik ein Lehrstück, das nicht nur der unter den Labour-Regierungen zur Gewohnheit gewordenen Subventionsregelung ein Ende bereiten sollte. Die Regierung erklärte den nationalen Notstand und sich für dessen Überwindung nur insofern zuständig, als sie den Arbeitern mit der nötigen Unnachgiebigkeit bedeutete, daß es an ihnen sei, den Unternehmern bei den anstehenden Rationalisierungen mehr Freiheiten zu konzederen, auf daß "harte Arbeit und Initiative" das Land in zwei oder auch vier Jahren aus dem Tunnel führe. So *bediente* sie sich der Tatsache, daß jede Auseinandersetzung in den staatlichen Betrieben eine *politische* ist, in der Weue, daß sie in einer politischen Offensive - gar nicht überflüssige - soziale Unruhe sehr gezielt schürte. Mit der Entscheidung, die durch den Streik dem staatlichen Stahlunternehmen entstehenden Verluste nicht wie bisher durch erneute Zuschüsse abzufangen, sondern voll auf die Arbeiter abzuwälzen, beförderte sie nicht nur die Erziehung der Gewerkschaften zu Sozialpartnern, die einen "selbst-finanzierten" Lohn austüfteln sollten, der

sich mit zunehmender Streikdauer immer schlechter für die Arbeiter gestaltete; sondern sie spielte ihnen damit auch die Verantwortung zu, das Land im Chaos zu lassen bzw. dahinein zu stürzen, falls sie sich nicht den von ihrer Nicht-Interventions-Politik gesetzten Daten anbequemen.

...statt mangelnder Verantwortlichkeit

5

Den Vorwurf mangelnder "Verantwortlichkeit" ließen die Gewerkschaften natürlich nicht auf sich sitzen: nicht nur schätzten sie die Lage realistisch - "die Wirtschaft befindet sich im Augenblick in einer Depression" - und den Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter als unvermeidlich ein: denn "Modernisierung bedeutet" nun einmal "Wechsel". Sondern sie gaben ihm schleunigst zurück und erkannten in Mrs. Thatchers "unnötigen und gefährlichen" Kampagnen die eigentliche Gefahr für England, was zwar wenig überzeugungskräftig, aber doch deutlich genug die Anmeldung ihres Wunsches war, die anstehenden Änderungen durch "Mitsprache" mitverantworten zu wollen.

10

15

"Wir haben Mr. Prior immer wieder unsere Bereitschaft verdeutlicht, mit ihm zu sprechen. Wir wollen immer noch mit der Regierung sprechen."

Doch nicht einmal das wollte Mrs. Thatcher ihnen zugestehen. Sie war der Meinung, daß bislang erst sie den richtigen Begriff von Verantwortung habe, weshalb "das Gewicht zuungunsten der Gewerkschaftsmacht verschoben" werden müsse, und diese zu einem "positiveren" Verständnis ihrer Aufgabe finden müßten, bevor sie sie als "Partnei" zu "respektieren" gewillt sei.

20

Der schmachlichen Kränkung ihrer einst so geschätzten Macht begegneten die Gewerkschaften, indem sie keinen Mißbrauch mit ihr trieben und zur Abwehr des Generalangriffs auf die *Arbeiterklasse* den Generalstreik zu keinem Augenblick auch nur in Erwägung zogen. Vielmehr wollten sie in der Offensive der Regierung nur einen Angriff auf die *Macht* der Gewerkschaftsbewegung sehen, so daß sie aus der Defensive um die *Anerkennung* ihrer Macht als einzig vernünftige und für die Beförderung des nationalen Heils ungemein nützlichen Instanz rangen - womit sie Mrs. Thatcher entgegenkamen und die Entscheidung in ihrem Sinne beförderten.

25

So entdeckten sie auf Seiten der Regierung unlautere Motive:

30

"Schottland, Südwales, der Norden und Nordwesten sind von der Regierung abgeschrieben, weil da keine Tory-Stimmen zu holen sind.",

mangelnden ökonomischen Sachverstand:

"Durch die Anwendung von Milton Friedmans Theorie werden unsere produktiven Industrien zerstört."

"Mr. Murray (TUC) klagte die Regierung an, die Nordseeinnahmen zu verschleudern."

35

und ungenügend ausgebildete soziale Fähigkeiten:

"Hört auf, euch um eure Verantwortlichkeit zu drücken... beginnt zu reden, nicht nur mit dem TUC...".

wodurch sie den einst so "guten industrial relations" "Schaden" antue und das Land in eine "Bananenrepublik" verwandle, die der "Kolonialisierung" durch gieriges fremdländisches Kapital

wehrlos ausgeliefert sei. Mit der Klarstellung "Wir sind die wahren Patrioten!" räumte man jedoch zugleich ein, daß es auch auf Gewerkschaftsseite noch einiges anzupacken gäbe:

"Mr. Murray, der zugestand, daß der TUC verpflichtet sei, sein Haus in Ordnung zu bringen, sagte nachdrücklich: „Aber auf unsere Weise - nicht durch die Regierung!“"

5 **Einseitige Kraftprobe**

Und so eröffnete die "kampfgestälteste", nämlich die Stahlgewerkschaft (ISTC), den Stahlstreik mit Bedauern und der Beteuerung, ihn nicht angezettelt zu haben. Dazu die üblichen großen Töne, der anderen Seite lässig gewachsen zu sein:

10 "Es wird ein kurzer und harter Streik werden." (Sirs, Führer der ISTC),
so daß neben der wirtschaftlichen Vernunft die Macht der Gewerkschaft gehörig demonstriert war. Und wenn dann auf der einen Seite gewisse Sanierungsmaßnahmen als fällig bezeichnet:

15 "Sirs zeigte Verständnis für das Beharren der British Steel Corporation (BSC), daß ein Großteil der Lohnerhöhungen durch örtlich differierende Produktivitätsverbesserungen hereingeholt werden müsse",

auf der anderen Seite das Management als verantwortungslos (während der Verhandlungen trieb es sich außer Landes rum) und schlampig (die Planungen müßten einmal gründlich überprüft werden) attackiert wurde, so war klar, daß hier nur von einer Seite eine bedingungslose Kraftprobe angestellt wurde. Die sonst übliche Unterstützung durch andere Gewerkschaften unterblieb
20 diesmal, weil die Gewerkschaften der totalen Konfrontation von Seiten der Regierung nicht ebenso frontal begegnen wollten und deshalb auch keine Anstrengungen unternahmen, die Transportarbeiter und Docker für einen Streik zu agitieren, dessen Scheitern die schon voraus-
sahen. Immerhin verkündete die nationale Dockergewerkschaft ihre Solidarität mit den
Stahlarbeitern, wobei sie ihren Streikbeschluß dummerweise nicht mehr in die Tat umsetzen
25 konnte, weil die Stahlgewerkschaft tags zuvor den Streik abgeblasen hatte. Der Kalkulation, dem Ausnützen und Befördern der Spaltung der Stahlarbeiter von Seiten der Regierung und der Betriebe setzte die Gewerkschaft eher matte Geschütze entgegen:

30 - Die Weigerung der in einer privaten Stahlfabrik in Sheerness beschäftigten und daher besser verdienenden Arbeiter, sich am Streik zu beteiligen, die Material für eine europaweite Presse-
kampagne abgab, beantwortete sie mit dem Ausschluß der "Rebellen". Der Stimmung unter den Stahlarbeitern trug sie nichtsdestotrotz Rechnung, indem sie kurz darauf den Streik in der
Privatwirtschaft für beendet erklärte, womit die Einheit einmal anders gestärkt war:

35 "Sirs sagte, daß es keinen Beweis dafür gäbe, daß die Beendigung des Streiks im privaten Sektor die Position der Gewerkschaft schwäche und die der Falken im Kabinett stärke. Da die Stahlarbeiter der Privatindustrie nun wieder an der Arbeit seien, könne die Gewerkschaft wieder Beiträge einziehen. Eine Abgabe der Mitglieder des privaten Sektors zur Unterstützung des britischen Stahlstreiks sei noch nicht ausgeschlossen worden."

- Die von BSC durchgeführte Abstimmung, ob die Arbeiter eine Abstimmung über die Beendigung des Stahlstreiks wünschten (a ballot about a ballot), strafte sie mit Verachtung.

“Unsere Mitglieder sollen sie ignorieren.”

Und als sich das Unternehmen mit dem Abstimmungsergebnis (69% stimmten für eine Urabstimmung) der Gewerkschaft gegenüber ins Recht gesetzt hatte, wurde dies von ihr als unzulängliche taktische Maßnahme entlarvt:

5 “Ich glaube, daß jeder Arbeitgeber, der sich auf eine Politik der Befragung seiner Arbeitnehmer einläßt, ohne die Gewerkschaften an der Befragung zu beteiligen, in der Tat sehr unklug ist.”

Mit dem Einsetzen eines Schlichtungsausschusses demonstrierte die Regierung dann, daß die Gewerkschaft ihre Reifeprüfung in Sachen Partnerschaft noch nicht bestanden hatte:

10 “Drei Leute mit gutem Willen könnten aus der Situation etwas machen.”

Das Ergebnis des Gremiums, das von der Gewerkschaft zunächst abgelehnt worden war (was sie jedoch nicht daran hinderte, der Regierung “unverantwortliches Handeln” vorzuwerfen, das “dem Land hunderte Millionen Pfund gekostet” habe, weil sie nicht eher schon “eine vernünftige Vermittlung im Stahlstreik ernannt” habe), wurde von ihr als “ehrbares Unentschieden” akzeptiert, nicht nur weil ein Labour-Abgeordneter die rettende Formel gefunden hatte:

15

“Das Ende des Streiks war unvermeidlich, nachdem Sirs das Schlüsselproblem bewältigt hatte, seine Verhandlungspartner davon zu überzeugen, daß es weise sei, die von Lord Lever entworfene Formel zu akzeptieren.”

Als dann der große Augenblick der Verkündung des Ergebnisses gekommen war, ließ sich Sirs nicht von der häßlichen Begleitmusik stören (aufgebrachte Streikposten verdroschen Journalisten), sondern rechnete den Arbeitern vor, daß der Streik ein Opfer war:

20

“Er hob hervor, daß mit der Anhebung der Einkommen von 2 auf 11% alle Streikenden den Beweis haben, daß die Arbeitsunterbrechung das Opfer wert war.”,

was sich gelohnt hat, wenn man sich wie Sirs aufs Hochrechnen versteht und vor allem den “Stolz auf die Qualitäten, die im Verlauf des Kampfes bei den Arbeitern zum Vorschein kamen”, vor Augen führt. Die Niederlage war also ein Erfolg, wenn man bedenkt, daß “der Streikabschluß eine Kampfentscheidung bedeutet”, nämlich für den “nächsten, wichtigsten Kampf um die Entlassungen” - als ob die Würfel nicht längst gefallen seien.

25

Der überholte Klassenkampf

30

Das Ergebnis des Stahlstreiks für die Stahlarbeiter waren nämlich runde 700 Pfund Schulden, so daß sie den “wohlpublizierten Argumenten”, der Betrieb müsse nun “ums Überleben kämpfen” und die bis Ende August geplanten 50.000 Entlassungen würden “durch Streiks nur beschleunigt”, aufgeschlossener, d.h. mit einem “Kampf um die Jobs” gegenüberstehen. Die falsche Einsicht, daß die Regierungspolitik nicht verhinderbar sei und nur die eine Seite die Konditionen setzt, hat sich ziemlich breitgemacht, weil so, wie die Gewerkschaft den Kampf geführt hat, ihn die Arbeiter sich nicht leisten können. So verfallen sie nicht von ungefähr auf den Gedanken, es sei vorteilhafter, nicht erst lange zu feilschen, und stellen die gewünschten Kalkulationen an: ein Job auch unter den miesesten Bedingungen ist immer noch besser als keiner, eine Entlassung mit Abfindung auf jeden Fall besser als ohne - und ein Streik die sicherste Art und Weise, seine Schulden zu vermehren. Und nicht nur das: der Streik hat bei den Arbeitern die “Stimmung”

35

40

verstärkt, sich *gegen* Anforderungen von Seiten der Gewerkschaft zur Wehr zu setzen - sei es, da man Shop Stewards für zu mächtig hält, sei es, daß man Streikaufrufe nicht mehr befolgt. Der Verbreitung der Auffassung, daß man sich sein Brot schon "verdienen", d.h gegen die anderen Arbeiter konkurrieren müsse, wurde so durch den Stahlstreik ebenso nachgeholfen wie jener, daß einem dabei die Gewerkschaft hinderlich sei, weshalb Aktivitäten für den Erhalt oder die Stärkung der Gewerkschaften von immer mehr Briten als überflüssig oder auch schädlich angesehen werden, wenn man nicht gar Aktionen gegen die Gewerkschaft begrüßt oder unterstützt. So ist an dem Spruch,

“Die Arbeitslosigkeit bedeutet eine wirkliche Schwächung der Gewerkschaftsbewegung. Das ist der Grund, warum der TUC die totale Konfrontation scheute.”

nur soviel wahr, daß die Gewerkschaft durch ihre Kampfführung die Arbeitslosigkeit zum Grund für die Arbeiter gemacht hat, sich das Kämpfen zweimal zu überlegen, wenn die Regierung sie damit und mit anderen für das Wachstum des Kapitals unabdingbaren Bedingungen erpreßt.

Es findet also gegenwärtig in England nicht einfach eine der unumgänglichen und sattsam bekannten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit statt, sondern - und das haben die Kommentatoren hierzulande ebenso wie die Beteiligten dort drüben sehr wohl bemerkt - eine prinzipielle Auseinandersetzung um die nationalen Bedingungen der Ausbeutung. So wie sie geführt wird, kann man Margaret Thatcher nur gratulieren. Allerdings ist es nicht ihre Leistung allein, sondern das gemeinsame Werk der Kapitalisten, die sich endlich bessere Bedingungen für ihre immergleiche Kalkulation verschaffen wollen; der Gewerkschaft, die sich angesichts der Erpressungen als TUC ihre Mitsprache, als konkurrierende Einzelgewerkschaft ihre jeweilige Macht sichern und als Shop Stewards ihr Gewerkschaftsmonopol im Betrieb erhalten wollen; und einer Basis, die sich im Streit zwischen Streikbefürwortern und -gegnern, Gewerkschaftsgetreuen und -enttäuschten mühsam zu dem Standpunkt durchringt, daß der Kampf um die Erhaltung ihrer alten Konkurrenzbedingungen vergeblich ist und man sich deshalb konkurrierend um die Ausnutzung der neuen bemühen müsse. Wer sich aber immer noch über den *überholten Klassenkampf* dort drüben mokieren möchte, der hat natürlich auch weiterhin recht: daß er überhaupt noch als prinzipieller Streit von beiden Seiten geführt wird, das gehört hier wirklich der Vergangenheit an.